



In memoriam Johann Schögler



9 Jahre **LINKEstmk** Jahr 9 der Wirtschaftskrise

Die Entwicklung des Linksprojektes aus dem Jahre 2008

Die Plünderung der Republik durch die Schwarz-Blaue Regierung Schüssel ließ den Wunsch nach einer wählbaren linken Alternative entstehen.

Somit entstand 2008 der Versuch eine Wahlplattform aller linken Kräfte in Österreich zu bilden. Durch das Ausscheren der KPÖ aus dieser Plattform waren die Wahl-Chancen allerdings von Anfang an entscheidend geschmälert und ein Einzug in das Parlament schlussendlich nicht möglich; das Linksprojekt als Plattform für Wahlen bestand nicht weiter.

Um die Vernetzungsidee am Leben zu halten und zur Verbreiterung der Basis für linkes Gedankengut wurde der Verein LinkeStmk gegründet, der seither versucht, über Info-Stände, Kundgebungsteilnahme und als Plattform für gemeinsame Aktionen sowie als Anlaufstelle linken Gedankenguts verfügbar zu sein.

Leider ist die zentrale Kraft dieser Aktivitäten, Johann, 2016 verstorben. Aus diesem Anlass soll nachfolgend eine kurze Zwischenbilanz über die Vereinsaktivitäten seit 2009 gegeben werden.

Der Verein wird sich weiter bemühen, gemäß den Vereinsstatuten, linke Basisarbeit zu leisten.

LINKEstmk

Verein zur Förderung einer pluralistischen, toleranten, sozialgerechten Gesellschaft

Internet: <http://www.linkestmk.at/>

Onlinezeitung: <http://www.linkewoche.at/>

Bilanz in Bezug auf die Ziele aus 2009

Erreicht	Nicht erreicht
Mitarbeit Steuerinitiative	Politischer Einfluss
Vernetzungen, Kontaktpflege	Ausweitung der Aktivitäten
Zahlreiche Kundgebungen	Gewinnung von AktivistInnen
Gemeinsame Kundgebungen mit Vereinen und NGOs	Verhinderung von Sozialabbau
Betrieb von Web-Info-Plattformen (http://www.linkestmk.at/ , http://www.linkewoche.at/)	Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

Politische Ereignisse in Österreich seit 2009 in Schlagworten:

- Weiterer Verlust an Mitbestimmung (Bsp. Budget, ESM, CETA).
- Stärkerwerden rechter Kräfte (FPÖ nun fast 30% in Umfragen).
- Weiter Abbau von öffentlichen Sozialstrukturen.
- Verlust des freien Uni-Zugangs (Aufnahmsprüfungen, Studiengebühren).
- Grenzzäune, Grenzkontrolle.
- Gesetze gegen Ausländer und Migranten (Bsp. Islamgesetz, Mindestsicherung usw.).
- Gesetzgebung zur Bespitzelung und zur Überwachung (Staatsschutzgesetz).
- Kürzung der Mindestsicherung und Wechsel zu Sachleistungen.
- Neuerliche Diskussion um Pensionszahlungen.
- Weitere Schwächung der Arbeitnehmerposition durch Prekariat.
- Weitere Schwächung der Gewerkschaftsposition durch Aufsplittung der Verhandlungen.
- Ungenügende Steuerreform.
- Schonung der großen Vermögen
- Beginnende Aufrüstung (EU und Österreich).
- Beginnende Zusammenarbeit von Polizei und Militär.
- Weiterer Anstieg der Staatsverschuldung (trotz Privatisierung).
- Inflationspolitik der EZB zugunsten der Kapitalinteressen.
- Stärkung von Unternehmensrechten gegenüber dem Staat (auch ohne TTIP)
- Weiter Bankenrettung zulasten der Allgemeinheit
- Durchdrücken der Kapitalinteressen in Griechenland.
- Zunahme kriegerischer Konflikte und Ausweitung der Nato.

Obwohl die unteren Schichten der Bevölkerung einen systematischen Entzug von Rechten und Ansprüchen erleben (Pension, Studium, Sozialleistung, Lohn, Gemeinbesitz, Haftungen), gibt es keine ernsthafte Gegenwehr der Betroffenen, der Gewerkschaft oder von linken Kräften.

Der in der EU ca. 1985 begonnene neoliberale Kurs (Thatcherismus), der seit dem EU-Beitritt auch in Österreich maßgebend ist, setzt sich beschleunigt fort. Gegenwehr, demokratische Einflussnahme zum Schutz der Schwächeren ist kaum mehr möglich.

In memoriam Johann Schögler



Johann war in seinem Werdegang wesentlich beeinflusst durch die französische Intellektualität der Universität Vincennes, an der Größen wie Deleuze, Lyotard oder Foucault lehrten. Er hat diese Intellektualität für uns *LinkeStmk* lebendig gehalten.

Das Establishment konnte inzwischen den universitären Hort der Geisteswissenschaften in Vincennes dem Erdboden gleich machen. Das Establishment konnte zwar Johann mit Gasgranaten beschießen, es konnte ihm dadurch als Spätfolge ein Auge rauben und schlussendlich sogar sein Leben; aber Johann war bis zu seinem Tod nicht vom zukunftsweisenden Weg der Humanität und der Solidarität abzubringen. Nichts brachte seine Menschenliebe ins Wanken. Unermüdlich stellte er dies etwa im Rahmen des *Sozialforum* als Organisator und Teilnehmer unter Beweis.

Auch wenn die Zeichen dunkel an der Wand zu sehen waren: Zerstörung von Vincennes, Ende des Freistaats Christiania, Vormarsch der Privatisierer – Johann war gewillt in jedem Fünkchen von Solidarität und Demokratisierung das helle Licht der Zukunft zu sehen. Er glaubte an die französische Freiheitsliebe und an die Demokratie. Er sah im Arabischen Frühling die Vorzeichen eines demokratischen freien Nahen Osten.

Unerschrocken trat er auch, im Rahmen der *Steirischen Friedensplattform* für die Unterdrückten in Palästina ein – selbst gegen eine übermächtige Lobby, die ihn dafür als Antisemiten diffamierte. Er war in Bezug auf das Beschreiten des richtigen Weges eben rücksichtslos, rücksichtslos sich selbst gegenüber und rücksichtslos darin, von andern das Eintreten für die gerechte Sache zu fordern. Es ging ihm dabei immer um den Menschen - nie um Macht oder Einfluss. Er war ein Aufklärer durch und durch.

Der politischen Bühne Österreichs ist mit ihm ein Denker abhanden gekommen, der sich so völlig der aktuellen kleingeistigen Sicht entzog, dass nur mehr eine strahlende Zukunft übrig blieb.

Johann strebte nach Aufklärung, nach kollektiver Solidarität und Eigenverantwortung - also nach Konzepten, die nicht die uralten Herrschaftsfehler endlos wiederholen.

Lasst uns dem „Imperium der Schande“, wie Jean Ziegler es nannte, den Dienst verweigern – folgen wir dem Weg, den Johann uns gezeigt hat: **Systemwechsel – jetzt!**

Das 10te Jahr der Krise würde Johann und seinen Optimismus brauchen

Die Hoffnungen, die auf das Wassermannzeitalter gesetzt wurden, sind zerplatzt. Wir kommen in das Jahr 10 der Krisen, die 2008 begonnen haben. Wenn die Weltwirtschaftskrise aus 1929 als Vergleich genommen werden darf, stehen wir kurz vor dem Krieg. Anzeichen sprechen auch dafür: Bürgerkrieg im Nahen und Mittleren Osten, Wiederaufrüstung in der EU, Verschärfung der Lage der sozial schwächeren Schichten, drohender Finanzcrash durch die Inflationspolitik der EZB.

Viele Intellektuelle (siehe: Ziegler, Krzymanski, Piketty, Negt, Crouch, Hofbauer, Stiglitz usw.), alle sozial engagierten Menschen und Institutionen (siehe: ATTAC, Rettet den Regenwald, PAX-Christi, Gewerkschaften usw.) sehen, dass der neoliberale Weg der Globalisierung falsch ist .

Die zerstörerischen Auswirkungen sind auch im großen zu erkennen: Griechenland, Italien, Frankreich, Spanien stehen vor dem Bankrott. Der Brexit kann auch als die rechtzeitige Flucht vor dem zu erwartenden Disaster verstanden werden.

Es erheben sich dabei folgende Fragen: Wie kann es dann sein, dass die vom Volk bezahlten Politiker eine Politik durchführen können, die sich immer mehr gegen die Schwächsten der Bevölkerung richtet? Wie kann es sein, dass der Staat Politik gegen eine große Zahl der Menschen betreibt und diese Menschen sich nicht wehren? Wie kann es sein, dass die Politik, welche immer mehr Menschen an den Rand der Existenz treibt, genau von diesen Menschen als Hoffnung betrachtet wird?

Die Anzeichen sind dramatisch:

- 2013 erreicht Staatverschuldung ca 80% des BIP !!
- Steiermark heuer Arbeitslosenanstieg +37% !!
- Von Beschäftigten wird 'freiwilliger' Lohnverzicht erpresst !!
- Von Förderung für Gewerbe und Kleinindustrie keine Spur !!

Wenn das so weitergeht droht 2013 der Staatsbankrott und Geldentwertung

Das finanzielle Dilemma der Pensions- und Krankenkassen, Personal und Geldnot bei Justiz und im Bildungsbereich, Finanzierungsprobleme im Bereich Post, Bahn sind mit den aktuellen Steuereinnahmen nicht mehr zu finanzieren.

Außerdem stellt die Regierung angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise 100 Mrd Euro zur Rettung von Banken und Unternehmen bereit.

Für die arbeitende Bevölkerung droht Kurzarbeit, Lohnverzicht und Arbeitsplatzverlust.

Aber: Noch sind wir als Staat nicht 'pleite' – noch können wir versuchen auf die Regierenden einzuwirken Maßnahmen zu treffen, die die Kaufkraft stabilisieren, nachhaltige Unternehmungen fördern, Lehr- und Ausbildungsplätze schaffen und auch für Spielraum im Budget sorgen.

Daher: Wir müssen von den Systemgewinnern ihren Solidaritätsbeitrag einfordern!

- ➔ Transaktionssteuer auf alle Finanztitel 0,1% **SOFORT**
- ➔ Eine Vermögenssteuer (ab 1.000.000.- Euro) **SOFORT**
- ➔ Abschaffung der Höchstbemessungsgrundlage **SOFORT**
- ➔ Wiedereinführung der Erbschaftsteuer **SOFORT**
- ➔ Stopp und Rücknahme der Privatisierungen **SOFORT**

Mit einer 'anspruchsvollen' Steuerreform, die laut WIFO (1) ca 5 Mrd Euro kosten würde, wären obige Ziele und zusätzlich die Korrektur der 'kalten Progression' für Lohn und Einkommenssteuerempfänger und eine Ökologisierung des Steuersystems machbar.

(1) Ziele und Optionen der Steuerreform. Plädoyer für einen anspruchsvollen Ansatz. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Oktober 2008

Wenn im 'OÖ-Heute' am 1.5.09 gesagt wurde, neue Steuern seien nur in einer Hochkonjunktur möglich, dann grenzt das an Verhöhnung der Normalbürger, da gerade zu diesen Zeiten, die Steuern für die Kapitalisten abgeschafft wurden! Das heißt nichts anderes, als 'keine Steuern für Reiche' – weil in der Konjunktur werden sie gesenkt und in der Krise dürfen sie nicht erhöht werden!

Außerdem brauchen wir zur Standortsicherung:

- Errichtung von staatlichen Ausbildungsstätten in den Zukunftstechnologien
- Verpflichtung der Groß- und Mittelbetriebe zur Aufnahme von Lehrlingen
- Verpflichtung für Groß- und Mittelbetriebe zum Betrieb von Lehrwerkstätten
- Verpflichtung der Industrie für Praktikantenstellen
- Investition in das öffentliche Bildungssystem!
- Ausbau der kommunalen Betriebe!

Internet: <http://www.linkestmk.at/>

Kontaktadresse: linksprojekt.stmk-koord@gmx.at

2008

WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE Protest gegen Sozialabbau

Protest gegen neoliberale Politik

Europäischer Aktionstag am Mi. 29. 2. 2012
gegen die Krise: ausgerufen vom EGB

Protest gegen geheim ausgehandelte Sparpakete: Wieder Umverteilung von Unten nach Oben!

Da wird ein Budget beschlossen und 14 Tage später ist ein gigantisches Sparpaket notwendig. Wie das? War das Parlament ahnungslos?

Dieses neuerliche Sparpaket wird im Geheimen verhandelt! Niemand im Volk soll wissen, wie es wirklich zustande kommt und was es enthält!

Da fährt ein Faymann nach Brüssel und macht sich

dort mit seinen FreundInnen aus, dass er die österreichische Verfassung im Sinne der ZinseintreiberInnen ändern wird – natürlich ohne vorher die Bevölkerung zu informieren! Das Ziel ist, das Parlament für zukünftige Budgets per Verfassung zu entmachten. Ganz nach den Willen von dunklen Mächten im Hintergrund!

Das Sparpaket zur Rettung des Budgets ist ein Lügenmärchen!

Die Budgets werden dabei keineswegs saniert!

Das ist nicht Sparen, das ist Raub!

Griechenland wird zur Zeit gerade von der Troika vernichtet!

Ein Sparpaket jagt das nächste – dadurch geht es immer schneller "bergab"!

Sogenannte "Sparpakete" liefern nur den Rahmen, dass sich eine Finanzoligarchie ihr zinsenlosen Einkommen sichert. Die Bevölkerung geht dabei "vor die Hunde"!

Zeigt Solidarität mit der griechischen Bevölkerung – aus reinem Eigennutz!

Im Rahmen des EU-Diktats ist für uns das Gleiche geplant!

Voves, Faymann, Spindelegger und Konsorten beginnen schon mit der Umsetzung.

Noch gibt es die Gelegenheit durch Proteste zu zeigen, dass man da nicht zustimmt!

Fordert Streiks!

Zwingt die Gewerkschaft Farbe zu bekennen!

Dass die Regierung nur mehr Kapitaleigner vertritt ist nicht schön, dass die Gewerkschaft aber mitspielt ist Verrat!

Impressum: <http://www.linkestmk.at/> Kl.Nr.:216.317 Blz.: 38439; Linke Stmk; Raiffeisenbank Feb. 2012

2012



Europäischer Aktionstag gegen die Krise 29.9.2010

Ausgerufen vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und unterstützt von den Sozialen Bewegungen.

WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE

Steirisches Komitee: Widerstand gegen Sozialabbau und Rassismus



EGB

Gegen:

- Sparmaßnahmen in Europa, Einschnitte bei Gehältern und Renten
- Prekarisierung und Arbeitslosigkeit jüngerer und älterer Menschen
- Deregulierung des Arbeitsrechts und sozialen Rückschritt
- Armut und soziale Ausgrenzung
- Zunahme der sozialen Ungleichheiten

Für:

- Zugang zu hochwertigen und sicheren Arbeitsplätzen und zu Ausbildung für alle
- Garantie einer existenzsichernden Entlohnung
- starken Sozialschutz als Garant für sozialen Zusammenhalt und Solidarität
- Wahrung der Kaufkraft
- Sicherstellung einer optimalen Rentenversorgung
- allgemein zugängliche hochwertige öffentliche und soziale Dienstleistungen



Banken sind die Infrastruktur der globalen Umverteilung und ermöglichen es den Vermögenden, ihren Reichtum zu konzentrieren und zu vermehren, auf Kosten von Mensch und Natur.

www.antikapitalistische-linke.de



Vereinigte Europäische Linke Nordische Grüne Linke

• Für gemeinsame Aktionen der ArbeiterInnen in ganz Europa gegen die Kürzungspolitik - zur Vorbereitung weiteren Widerstands bis hin zum Streik!

• Nicht die ArbeiterInnen, RentnerInnen, Studierenden, Jugendlichen und sozial Benachteiligten sollen für die Krise zahlen, sondern die Reichen und die Banker!

• Nein zu Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen, zu Arbeitslosigkeit, Anhebungen des Rentenalters oder Privatisierungen!

• Schluss mit der Diktatur der Finanzmärkte, der Rating-Agenturen und des IWF!

• Schluss mit den Milliardengeschenken an die Banken - Verstaatlichung der Banken im Interesse der arbeitenden Bevölkerung!



Protestaktion gegen den Sparkurs der EU-Regierungen und die Abwälzung der Krisenlasten



Die KPO kämpft für soziale Gerechtigkeit, denn das Unrecht nimmt in Österreich zu. Während sich die Superreichen (1% der Bevölkerung) trotz Wirtschaftskrise über einen jährlichen Vermögenszuwachs freuen, lebt gleichzeitig eine Million ÖsterreicherInnen an oder unter der Armutsgrenze. Viele Menschen können von einem Ganztagesjob nicht mehr leben.



Profite bleiben privat - Schulden zahlen wir alle! Systemwechsel: Jetzt!

- Sozialisierung der Banken unter demokratischer Kontrolle "von unten"
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich - 35 Stunden JETZT!
- breite gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik
- keine Zustimmung zum Belastungspaket durch Nationalräte, die ÖGB-Mitglieder sind

2010



Arbeitslose Menschen suchen effektive Lösungen

<http://www.amsel-org.info/>



hilfe zur selbsthilfe + information + politik + menschenrechte + kultur

<http://www.aktive-arbeitslose.at/>



WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE

www.linkewoche.at/
<http://www.linkestmk.at/>

Protest gegen Demokratieabbau
Protest gegen Sozialabbau



STEIRISCHE FRIEDENSPLATTFORM

<http://www.friedensplattform.at/>

Bei der EU-Wahl ist zu bedenken:

- Das EU-Parlament hat keine echte Mitbestimmung
- Die entscheidenden EU-Institutionen stehen außerhalb jeglicher demokratischen Spielregeln
- Jegliche Wahlbeteiligung wird als Legitimation der EU Scheindemokratie gewertet
- Die EU ist nicht sozial

Was immer mehr Menschen dringend brauchen würden ist:

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen in lebenswerter Höhe!

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen für ein Leben ohne Existenzangst!

Impressum: <http://www.linkestmk.at/> Kl.Nr.:216.317 Blz.: 38439; Linke Stmk; Raiffeisenbank Mai., 2014

2014

WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE

Protest gegen Sozialabbau

Protest gegen neoliberale Politik

TTIP / CETA Aktionstag, Sa. 11.10.2014

Protest gegen geheim ausgehandelte Abkommen

Keine Unterordnung der regionalen Rechte unter das Diktat der Gewinnoptimierung. Die Freiheit des Handels darf nicht zu Lasten der Freiheit der Bevölkerung gehen. Unsere "Vertreter" sind nicht legitimiert, unseren Lebensraum zu veräußern.

Zum heutigen Aktionstag haben sich die unterschiedlichsten Gruppen zusammengefunden, um für den Erhalt unseres Lebensraumes einzutreten:



Arbeitslose Menschen suchen effektive Lösungen

Wir fordern:

- Eine klare Stellungnahme, warum US-Firmen sich nicht an unser Recht halten wollen!
- Eine klare Stellungnahme, warum im geheimen verhandelt werden muss!
- Eine klare Stellungnahme, warum unser Lebensraum, unsere Nahrung, unsere Landschaft und Natur den US-amerikanischen Handelsinteressen geopfert werden sollen



ÖH -Alternativ-Referat



Freie Studenteninitiative

Occupy Stadtpark

immer mehr Menschen werden durch diese neoliberale Politik an den Rand gedrängt. Die Reichen werden reicher und die Armen immer mehr. Immer auch immer mehr haben genug von dieser Vermarktung unseres Lebens.

Protest gegen die Abschaffung demokratischer Mitbestimmung

Impressum: <http://www.linkestmk.at/>

2014

Kein TTIP! Wir haben ein Rechtssystem!

Wir fordern klare Stellungnahmen:

- warum internationale Firmen sich nicht an unser bestehendes Recht halten wollen!
- warum im Geheimen verhandelt werden muss!
- warum unser Lebensraum, unsere Nahrung, unsere Landschaft und unsere Natur den multinationalen Handelsinteressen geopfert werden sollen



Keine Unterordnung der regionalen Rechte unter das Diktat der Gewinnoptimierung.

Die Freiheit des Handels darf nicht zu Lasten der Freiheit der Bevölkerung gehen.

Unsere "Vertreter" sind nicht legitimiert, unseren Lebensraum zu veräußern.

„Das Transatlantische „Freihandels“abkommen ist ein Generalangriff auf die sozialen und ökologischen Schutzrechte – soll erreicht werden durch die Beseitigung «nichttarifärer Hemmnisse», dh: die Absenkung von ökologischen und sozialen Standards.

Seit dem Sommer 2013 finden zwischen den USA und der EU Geheimverhandlungen statt. Die betroffenen 830 Millionen Menschen haben eigentlich das Recht auf einen transparenten TTIP-Prozess. Der französische EU-Parlamentarier Jadot klagt: «Wenn wir mal ein Dokument bekommen, wird uns verboten, die Öffentlichkeit zu informieren.» Warum so geheim?

Weil es für die transatlantischen Konzerne um sehr viel Geld und um den geplanten Bruch von Tabus geht. Aufgrund der großen sozial-politischen und ökologischen Unterschiede zwischen den USA und der EU bringen auch lange Verhandlungen keine flächendeckende Vereinheitlichung von Standards.« (Auszug : Flugschriften 19. ist 2014)

Wie im Ö1 Journal klar gesagt wurde: Auch NACH TTIP kann jeder EU-Staat es sich aussuchen: **Fracking oder die Atomkraft...**

**Wir sagen: Keines von beiden!
Erneuerbare Energie ist der richtige Weg!**

Zeigt mit eurem Protest am 18.4. dass unsere Regierung KEIN legitimiertes Mandat hat, über TTIP oder ähnlichen Abkommen geheim zu verhandeln!

Auch wenn die EU und „unsere“ Regierung hier mitspielen wollen - wir glauben, dass für die Mehrheit in Österreich gilt: **Wir wollen nicht!**

An den Protesten gegen TTIP beteiligen sich folgende Gruppen:



2015

<https://www.facebook.com/AktionBGraz>

Stoppt CETA, TTIP & TISA!

Globaler Aktionstag:
18. April 2015, 10:00 - 19:00 Uhr
Grazer Innenstadt

Infostände
Live-Musik / Straßenfest
Demo: 14:30 - 16:00 Uhr
(Griesplatz - Hauptplatz)



2015



Aktive Arbeitslose Österreich
... das AMS machte mich nur zum Knechte

www.aktive-arbeitslose.at

Die Stoßrichtung ist klar: Die Unternehmer stärken, die ArbeitnehmerInnen schwächen und zwar so, dass die kämpferischen Gewerkschaften eine entscheidende Niederlage erleben. Deswegen das Kräftemessen bis zur Zerreißprobe zwischen der CGT Gewerkschaft und der sozialdemokratischen Regierung: Die Regierung verrät alle ihre Wahlversprechen und zieht das Gesetz nicht zurück, die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen bleiben standhaft und geben den Widerstand nicht auf.

De la Nuit Debout à la Nuit des Barricades



Staatsgewalt gegen Arbeiterproteste: Spezialeinheiten der Polizei gehen gegen die Streikenden, die ein Treibstofflager besetzen, in Douchy-les-Mines in Nordfrankreich vor (25.5.2016) (Foto: EPA/THIBAUT TANDERMERSCH/Upa - Bildfunk)

Gegen solche Maßnahmen formierte sich auch außerhalb der traditionellen Gewerkschaften in den vergangenen Wochen ein neuer, andauernder Protest. Dabei besetzt die Bewegung, die unter dem Namen *Nuit Debout -Aufrecht durch die Nacht* – auftritt, nicht nur Nacht für Nacht Plätze und organisiert Demonstrationen. Es gibt auch zahlreiche militante Widerstandsformen, die sich gegen Staat und Kapital richten. Somit geht es nicht mehr nur um die Verhinderung neoliberaler „Arbeitsmarktreformen“, sondern um eine Ablehnung dieses krisenhaften zerstörerischen kapitalistischen Gesellschaftssystems. Es geht also um die Suche nach einer militanten/konsequenten Praxis, um dem Klassenkampf von oben eine Antwort von unten entgegen zu stellen.

Nuit Debout – Aufrecht durch die Nacht und der Widerstand in Frankreich gegen die Arbeitsrechtreform

Informations- u. Diskussionsveranstaltung
im Spektral; Lendkai 45, 8020 Graz
am Do. 16. Juni 2016
18 – 19:30 Uhr

Von: Initiative für ein solidarisches Europa – Graz (ISEG)

Impressum: Verein zur Förderung einer pluralistischen, toleranten, sozialgerechten Gesellschaft; Juni 2016

2016

Warum eine neue LINKE notwendig ist:

Wir leben in einer gesellschaftlichen Realität, die in Berufung auf demokratische Werte legitimiert scheint und trotzdem nicht in der Lage ist, der Mehrheit der in ihr lebenden Menschen ihre Rechte zu sichern: Wachsende soziale Ungleichheit, steigende Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Krisen, ungesicherte Zukunft.

Mai, 2010

Unser Ziel

Der Kapitalismus soll zugunsten einer pluralen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft überwunden werden

Bekämpfung des Nationalismus in all seinen Formen

Wir solidarisieren uns mit allen, die bereit sind, für soziale Gerechtigkeit, politische Mitbestimmung für alle Menschen, für eine menschenfreundliche Welt einzutreten. Wir wollen gegen die Vormacht einer neoliberalen Politik im Dienste des globalen Kapitalismus mit allen basisdemokratischen Mitteln kämpfen

gemeinsam mit allen, die unsere Werte teilen.

Grundsatz von Anfang an

Übersicht über die Entwicklung seit 2009 anhand der Linke-Treff (Jänner-Seminare)

Neujahr 2009 *Wir brauchen eine neue Linke*

Programmfindung: Istzustand

1

System in Österreich:
keine Revolution zu erwarten

Zustand in Österreich:

- hoher Lebensstandard
- sozialer Friede
- parlamentarische Demokratie
- Mehrparteiensystem
- Sozialpartnerschaft
- Ausgebaute Infrastruktur
- hohe Wirtschaftskraft
- freier Bildungszugang

- Parlament zunehmend fremdbestimmt
- Wirtschaftskrise
- Ungleichheit verstärkt sich
- Migrationsproblem ungelöst
- Wirtschaft zunehmend globalisiert
- Volksvermögen zunehmend verschleudert
- Solidaritätsverlust

Politisch:

- abnehmendes Interesse an den bestehenden Parteien
- abnehmende Attraktivität der bestehenden Linksparteien
- Proteststimmen gehen in das Rechte Lager

Soziologisch:

- zunehmend prekäre Dienstverhältnisse
- zunehmende Arbeitslosigkeit (abnehmende Industriearbeit)
- zunehmende ökonomische Ungleichheit (Verarmung)

2

W. Friedhuber, Jan 2009

Neujahr 2010 *Bendingungsloses Grundeinkommen ist finanzierbar*

ATTAC – Analyse: BGE ist finanzierbar, auch ohne Flat-Tax.

Aufbau der Linke stagniert

Neujahr 2011 *Wer soll das bezahlen?*

Das neoliberale Paradigma des selbstregulierenden Marktes ist widerlegt (Christian).

Die Staatsdefizite steigen zugunsten der Bankensanierung

Überschussländer	Defizitländer
Japan, China, D, RU, CH, ... Österreich	USA, Spanien, UK
Produzieren zu viel == Verbrauchen zu wenig für Konsum und/oder Wachstum	Produzieren zu wenig == Verbrauchen zu viel
<ul style="list-style-type: none"> → Güterexporte → Leistungsbilanzüberschuss 	<ul style="list-style-type: none"> → Güterimporte → Leistungsbilanzdefizit
Sparen zu viel == konsumieren und investieren zu wenig	Konsumieren und investieren zu viel == Sparen zu wenig
<ul style="list-style-type: none"> → Kapitalexporte (Gläubiger) → Kapitalbilanzdefizit 	<ul style="list-style-type: none"> → Kapitalimporte (Schuldner) → Kapitalbilanzüberschuss

Ursache der Wirtschaftskrise ist Überproduktion und Konsumverzicht

Neujahr 2012 *Jahr 4 der Krise: Wir brauchen eine Steuerreform*

Als Krisenverursacher und Krisengewinner ist die Wirtschaft zu identifizieren.

Unruhen im Nordafrikanischen Raum beginnen (Arabischer Frühling). Durch den Zerfall des Ostblocks 2009 gibt es kein Gegenmodell zum Neoliberalismus mehr.

SPÖ und ÖVP unterscheiden sich kaum noch. Verschuldung steigt, Sozialabbau geht weiter (25% Ausgabenreduktion im steirischen Budget 2011)..

FPÖ präsentiert sich vermehrt als Opposition; den linken Kräften gelingt kein Alternativkonzept.

KPÖ kann nur lokal zulegen.

Beschluss: Fordern einer Steuerreform (FoSoG)

Neujahr 2013 *Jahr 5 der Krise: Ende der Souveränität, Verfassungsbruch*

Ratingagenturen und EU geben die Politik vor (74% der Gesetze kommen von EU)

Aufgabe der Souveränität durch ESM

Bruch des Staatsvertrags (ausländische Soldaten in Österreich)

Weiterer Anstieg der Staatsverschuldung

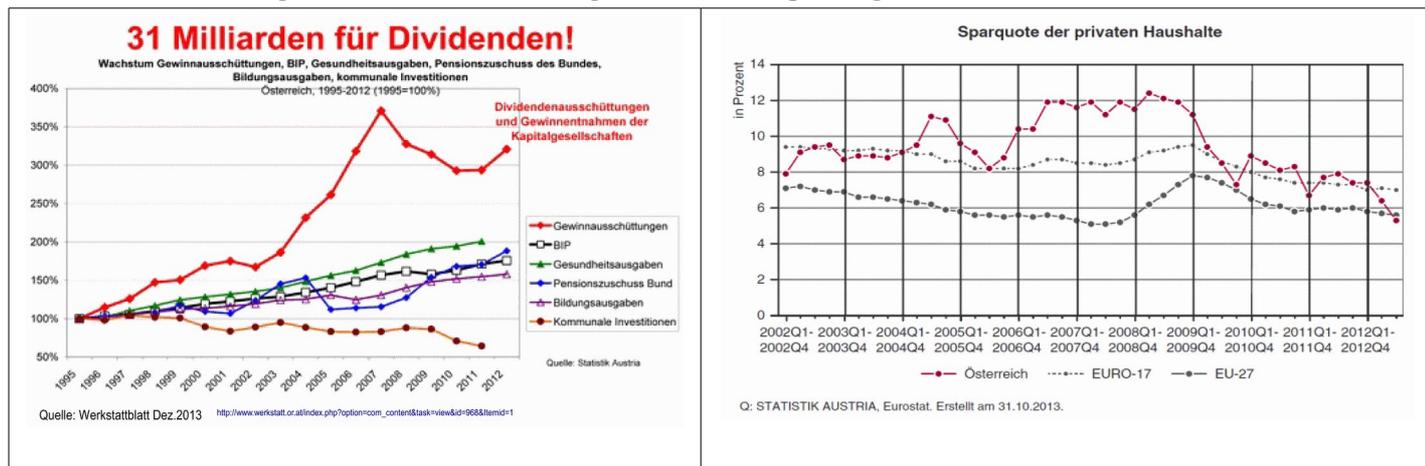
Neujahr 2014 *Jahr 6 der Krise: Das Jahr des Wirtschaftsputschs*

Staat reduziert weiter seine Aufgaben; Zentralisierung geht weiter, Demokratieverlust zugunsten des Kapitals; Transatlantische Handelsabkommen.

BGE als Lösung für beginnende Massenarbeitslosigkeit?

Verschuldung steigt auf 80% BIP

Die Krisenkosten trägt die Masse, die Krisengewinne die Kapitaleigner



Neujahr 2015 *Jahr 7 der Krise: Lohneinkommen als Existenzberechtigung*

Steigende Arbeitslosigkeit.

Beginn Ausländergesetzgebung (Islamgesetz).

Ukraine Konflikt verschärft sich - Krieg; Nato weitet sich aus.

Streiks in mehreren EU-Staaten; rigides Vorgehen der Staatsmacht (Bsp. Frankreich).

Verschärfung des Überwachungsstaats, Demokratieverlust.

Linke gewinnt Wahlen in der Griechenlandkrise gegen die Austeritätspolitik der EU.

Arabischer Frühling weitet sich aus.

Aufbau der Linken in Österreich stagniert.

Neujahr 2016 *Jahr 8 der Krise: Neoliberale konsolidieren sich*

Staatsverschuldung erreicht 85% BIP

Griechenland wird Austerität aufgezwungen; SYRIZA muss neoliberal mitspielen um an der Macht zu bleiben.

Der Arabische Frühling ist ermordet

Syrienkonflikt verschärft sich, ISIS entsteht

FPÖ wird weiter stärker

Die Krise in der EU (Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Frankreich) besteht weiterhin

TTIP, CETA Demonstrationen zeigen Erfolge

2017 Jahr 9 der Krise

Krisen der EU halten an
Steuerreform in Österreich tritt in Kraft
Nahost versinkt im Bürgerkrieg
Demokratieverlust greift weiter um sich
Neoliberale weiter auf Vormarsch (FPÖ wächst weiter)
Flüchtlingsströme
Wiederaufrüstung EU und Österreich
Plattform 25 löst sich auf (ohne ihre Ziele erreicht zu haben)
Linke Versuch einer Neugründung (Aufbruch)

Programm

10:00 – 10:30	Eintreffen / Begrüßung / Themenübersicht	
10:30 – 11:00	In memoriam Johann	
10:30-11:00	Universität Vincennes-Saint Denis; Johanns Jugend	Daniéle
11:00 – 12:30	EU / Internationales	
	Referat: Internationale politische Entwicklung	Hermann
11:00-11:30	Brexit, Trump, Ende des linken Zyklus in Lateinamerika	
	Diskussion	alle
11:30-12:30	Antworten auf die diversen Krisen; Stellungnahmen zu neoliberalen Paradigmen erarbeiten.	
<u>12:30 – 13:30 Mittagspause</u> Nach Möglichkeit gemeinsam in der Gaststätte		
13:30 – 13:45	Themenübersicht des Nachmittags	
13:45 – 14:15	Politische Entwicklung in Österreich	
	Innenpolitische Entwicklung	
13:45-14:15	Sozialabbau, Rechtsruck, Demokratieverlust, Aufrüstung, CETA, Arbeitslosigkeit	Wilfried
	Diskussion	
14:15-15:15	Wie der Fremdenfeindlichkeit begegnen, wie der Wiederaufrüstung, wie dem Demokratieverlust?	alle
<u>15:15 – 16:00 Pause</u>		
16:00 – 17:30	Linke Strategien für 2017	
16:00-16:15	Stand des Linksprojekts – in Memoriam Johann KPÖ, Aufbruch, NGOs	Wolfgang
16:15-17:00	Workshop mit Kurzstatements und Diskussion zur Strategiefindung 2017	alle
	Schwerpunkte für Kundgebungen und Zusammenarbeit erarbeiten.	
17:00 - 17:30	Beschlüsse für 2017	alle
<u>17:30 Schluss</u>		